

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/037(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag,  07.09.2006	Otto-von-Guericke- Saal	14:00Uhr	21:00Uhr

**Tagesordnung:**

Sollte die Sitzung nicht beendet sein, wird der Stadtrat vorsorglich zur 38.(IV) Sitzung (Fortsetzung) am 11. 09. 2006 um 16.00 Uhr eingeladen.

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Ehrung gemäß Ehrenbürgersatzung
- 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 4 Bestätigung der Tagesordnung
- 5 Bestätigung der Beschlussprotokolle der 35.(IV)/36.(IV) Sitzung vom 06.07./10.07.06
  - 35.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 06. 07. 2006 und der
  - 36.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 10. 07. 2006

- 6 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 7.1 5. Änderung der Ehrenbürgersatzung DS0124/06  
BE: Oberbürgermeister
- 7.2 HU-Bau Turmgruppe Kloster Unser Lieben Frauen DS0172/06  
BE: Oberbürgermeister
- 7.3 Umbau und Sanierung der Integrativen KITA "Bördebogen" DS0204/06  
BE: Oberbürgermeister
- 7.4 Neuwahl von 2 Schiedspersonen für die Schiedsstelle 05 DS0263/06  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.5 Neufassung der Feuerwehrsatzung der Freiwilligen Feuerwehr der LHMD DS0206/06  
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7.6 Neubesetzung im Beirat der GWM DS0273/06  
BE: Bürgermeister
- 7.7 Neubesetzung im Aufsichtsrat der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH DS0318/06  
BE: Bürgermeister
- 7.8 Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2005 DS0115/06  
BE: Bürgermeister
- 7.9 Jahresabschluss 2005 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg DS0253/06  
BE: Bürgermeister
- 7.10 Jahresabschluss 2005 der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) DS0265/06  
BE: Bürgermeister

7.11	Jahresabschluss 2005 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) BE: Bürgermeister	DS0281/06
7.12	Jahresabschluss 2005 der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg GmbH (FEZM) BE: Bürgermeister	DS0288/06
7.13	Aufhebung Benutzungsordnung Ernst-Grube-Stadion (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 31 vom 04. April 2000) BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport	DS0285/06
7.14	Zahlung von übertariflichen Abfindungen des Städtischen Klinikums Magdeburg BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0310/06
7.15	Errichtung des Glockenstuhls im Nordturm der Johanniskirche zu Magdeburg BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0222/06
7.16	Änderung Geltungsbereich und Umbenennung B-Plan Nr. 103-2C "Korbwerder" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0125/06
7.17	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 267-4 "Am Pechauer Platz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0156/06
7.18	Satzung zur 3. Änderung Bebauungsplan Nr. 237-1 "Bahnhofsvorplatz" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0238/06
7.19	Ausweisung eines SO-Gebietes großflächiger Handelsbetriebe im B-Plan Nr. 178-4 "Rogätzer Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0140/06
7.20	Straßenname BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0198/06
7.21	Erlass künftiger Erschließungsbeiträge für die ZENIT GmbH BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0212/06

- 8 Einwohnerfragestunde  
Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.
- 9 Anfragen an die Verwaltung
- 10 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 10.1 Ehrung zweier Persönlichkeiten A0040/06  
CDU-Fraktion  
WV vom 13. 03. 2006
- 10.1.1 Ehrung zweier Persönlichkeiten A0040/06/1  
Kulturausschuss
- 10.1.2 Ehrung zweier Persönlichkeiten A0040/06/2  
Kulturausschuss
- 10.1.3 Ehrung zweier Persönlichkeiten A0040/06/3  
Finanz- und Grundstücksausschuss
- 10.1.4 Ehrung zweier Persönlichkeiten S0084/06
- 10.2 Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit A0063/06  
CDU-Fraktion  
WV vom 06. 04. 2006
- 10.2.1 Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit A0063/06/1  
SPD-Fraktion
- 10.2.2 Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit S0100/06
- 10.3 Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung A0064/06  
CDU-Fraktion  
WV vom 06. 04. 2006

10.3.1	Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung	S0111/06
10.4	Entwicklung des Universitätsplatzes interfraktionell WV vom 06. 04. 2006	A0053/06
10.4.1	Entwicklung des Universitätsplatzes	S0099/06
10.5	Jugendfreizeiteinrichtung KIVI - DS0161/06  i.V.m.der nichtöffentlichen DS0161/06 Standortentwicklung Kinder- und Jugendarbeit Alte Neustadt Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0139/06
10.6	Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0112/06
10.7	Ausweisung von Bauland für den Eigenheimbau  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0150/06
10.8	Änderung der Verkehrsführung zum Kieswerk / Doppelschleuse Rothensee  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0151/06
10.9	Umsetzung Innenstadtverkehrskonzept / Änderung an Abfahrt Ernst- Reuter-Allee (aus Süden kommend)  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0152/06
10.10	Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0153/06
10.11	Klarheit und Sicherheit für die Zukunft der Bördelandhalle  Fraktion Die Linkspartei.PDS	A0154/06
10.12	Einrichtung einer Stabsstelle "Energie"  CDU-Fraktion	A0141/06
10.13	Thiemplatz  CDU-Fraktion	A0142/06

10.14	Investitionsfreundliche Baumschutzsatzung CDU-Fraktion	A0143/06
10.15	Frankiermaschine SPD-Fraktion	A0145/06
10.16	Radweg Engpass Buckau SPD-Fraktion	A0146/06
10.16.1	Radweg Engpass Buckau Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0146/06/1
10.17	Linksabbieger auf der Lübecker Straße SPD-Fraktion	A0158/06
10.18	Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Nashville/TN Fraktion BfM	A0144/06
10.19	Straßenname für Erhard Hübener FDP-Fraktion	A0148/06
10.20	Internationale Besuche in der Landeshauptstadt Magdeburg intensivieren FDP-Fraktion	A0156/06
10.21	Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee Interfraktionell	A0159/06
10.22	Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0147/06
10.23	Gastronomie im Gesellschaftshaus Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0149/06
10.24	Leistungsbeschreibung für ÖPNV-Leistungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0157/06
10.25	Schiffshebewerk Rothensee FDP - Fraktion	A0161/06

11	Informationsvorlagen	
11.1	Tierheim, Rothenseer Str. 79 - 80, 39124 Magdeburg Stellungnahme zum Beschluss-Nr. 1049-34(IV)06	I0209/06
11.2	Auswertung Lange Nacht der Wissenschaft	I0224/06
11.3	Umsetzung der Kumpelpresse	I0215/06
11.4	Sachstand Projekt Ehrenamtspass	I0159/06
	Nichtöffentliche Sitzung	
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
12.1	Ermächtigung zur Kreditaufnahme BE: Bürgermeister	DS0127/06
12.2	Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 134-3.1 "Lübecker Straße 8" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0230/06
12.3	Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung / Rückbau) - Antragstellung Programmjahr 2007 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr i.V.m. TOP 13.1	DS0213/06
12.4	Standortentwicklung Kinder- und Jugendarbeit Alte Neustadt BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0161/06
13	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
13.1	DS0213/06 Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost (Aufwertung/Rückbau) Antragstellung Programmjahr 20 Ausschuss f. Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	A0140/06

## 14 Informationsvorlagen

## 14.1 Gesetz zur Regelung in der DDR nicht erfüllter Entschädigungsansprüche aus Enteignungen (DDR-Entschä I0153/06

Sollte die Sitzung nicht beendet sein, wird der Stadtrat vorsorglich zur 38.(IV) Sitzung (Fortsetzung) am 11. 09. 2006 um 16.00 Uhr eingeladen.

### Öffentliche Sitzung

## 1. Eröffnung und Begrüßung

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 37.(IV)Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung.

Im Besonderen begrüßt er den neugewählten Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr zu seinem Amtsantritt und versichert die Unterstützung des Stadtrates.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx spricht seinen Dank für das mit der Wahl ausgesprochene Vertrauen aus und sichert zu, sich in Ausübung seiner Tätigkeit diesem Vertrauensbeweis würdig erweisen zu wollen.

Vertreter der einzelnen Fraktionen begrüßen ebenfalls persönlich den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge begrüßt im Weiteren die anwesenden ehemaligen Stadträte Herrn Berfelde und Herrn Prof. Dr. Krampitz sowie deren Gattinnen.

Unter Hinweis auf den am 10. 07. 2006 im Stadtrat gefassten Beschluss zur Verleihung des Titels „Ehrenstadtrat“ legt er dar, dass mit dieser Ehrung die mehr als 15jährige ehrenamtliche Arbeit von Herrn Berfelde und Herrn Prof. Dr. Krampitz gewürdigt werden soll. Er bittet den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper, diese Ehrung vorzunehmen.



## 2. Ehrung gemäß Ehrenbürgersatzung

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt die Ehrung der beiden ehemaligen Stadträte Herrn Berfelde und Herrn Prof. Dr. Krampitz vor.

In Anerkennung der langjährigen Zugehörigkeit zum Stadtrat und dem damit verbundenen hohen Engagement zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Magdeburg verleiht die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß Stadtratsbeschluss vom 10. 07. 2006

Herrn Berfelde und  
Herrn Prof. Dr. Krampitz

die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtrat“.

Die Vertreter aller Fraktionen des Stadtrates beglückwünschen beide Geehrten zur Verleihung des Ehrentitels.

Abschließend sprechen Ehrenstadtrat Herr Berfelde und Ehrenstadtrat Herr Prof. Dr. Krampitz ihren Dank für die vorgenommene Verleihung des Ehrentitels sowie für die in den Jahren ihrer Zugehörigkeit zum Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gute Zusammenarbeit an die Mitglieder des Stadtrates und der Verwaltung aus. Spezieller Dank gilt dabei auch den Mitgliedern der Fraktion Die Linkspartei.PDS.

## 3. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	47	”	”
maximal anwesend	51	”	”
entschuldigt	6	”	”

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert, Bezug nehmend auf die Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bund für Magdeburg Herrn Dr. Kutschmann auf Änderung der Sitzordnung, über seine Empfehlung, diese Thematik im direkten Gespräch mit der betreffenden Fraktion zu klären. Dieses Gespräch ergab jedoch kein zufriedenstellendes Ergebnis. Hierauf erfolgte ein offizieller Antrag der Fraktion Bund für Magdeburg an den Vorstand des Stadtrates auf Veränderung der Sitzordnung. Im Ergebnis der Beratung des Antrages im Vorstand am 22. 05. 2006 wurde einstimmig festgelegt, dass die vorgebrachten Gründe so gewichtig sind, dass der Vorstand eine Änderung der Sitzordnung für angemessen hält. Dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion Herrn Löhr wurde dieser Beschluss zur Kenntnis gegeben, jedoch nicht befürwortet. Es liegt ein formeller Widerspruch der SPD-Fraktion gegen den Beschluss des Vorstandes vor. Der Stadtratsvorstand hat sich darauf geeinigt, den Stadtrat in dieser Angelegenheit entscheiden zu lassen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bund für Magdeburg Herr Dr. Kutschmann erläutert die Gründe für seinen Antrag auf Änderung der Sitzordnung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Löhr begründet die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu diesem Antrag.

Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen bei 12 Enthaltungen dem Antrag auf Änderung der Sitzordnung zu.

Im Ergebnis der Abstimmung wird die Veränderung der Sitzordnung vorgenommen.

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab (**Anlage 1**)

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab (**Anlage 2**)

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, gibt eine persönliche Erklärung ab (**Anlage 3**)

Auf Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1114-37(IV)06

Stadtrat Hans-Jürgen Zentgraf hat sein Stadtratsmandat mit Schreiben vom 19. 07. 2006 niedergelegt.



6. Gesellschaft für Wirtschaftservice Magdeburg mbH

bisheriges Mitglied in der Gesellschafter-  
versammlung  
**Hans-Jürgen Zentgraf**

neues Mitglied in der  
Gesellschafterversammlung  
**Hugo Boeck**

4. Bestätigung der Tagesordnung

---

**1. Ergänzungen zur TO**

A0161/06 – FDP - Fraktion  
Schiffshebewerk Rothensee  
(2/3 Mehrheit)

**als TOP 10.25**

**2. Zurückgezogene TOP**

Der **TOP 10.2.**

– A0063/06 – Antrag Aufstellung der  
allegorischen Figuren der Zollbrücke  
in der Öffentlichkeit (CDU-Fraktion)

**TOP 10.4.**

- A0053/06 – Entwicklung des Universitäts-  
platzes (interfraktionell)

und **TOP 10.12**

- A0141/06 – Einrichtung einer Stabsstelle  
„Energie“ (CDU-Fraktion)

werden von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen.**

**3. Hinweise**

Der Antrag des StBV zur Aufnahme der DS0237/06 – Abwägung zur 3. Änderung B-Plan Nr. 237-1 „Bahnhofsvorplatz“ erhält keine 2/3 Mehrheit und wird nicht Bestandteil der Tagesordnung

Der Antrag A0162/06 – Fraktion Die Linkspartei.PDS - Entscheidungen des Stadtrates zum Übergang von Kindereinrichtungen erhält keine 2/3 Mehrheit und wird nicht Bestandteil der Tagesordnung.

5. Bestätigung der Beschlussprotokolle der 35.(IV)/36.(IV) Sitzung vom 06.07./10.07.06
- 35.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 06. 07. 2006 und der
  - 36.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 10. 07. 2006
- 

### **35.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 06.07.06**

#### **Redaktionelle Änderungen der CDU – Fraktion**

##### **Seite 11,**

13.1 Gewerbegebiet A0134/06

Es muss richtig heißen:

**CDU – Fraktion**

**TOP 1**, Seite 11, 3. Absatz von unten

Es muss richtig heißen:

....Herr Dr. Trümper...

**TOP 2.2**, Seite 12, letzter Absatz

Es muss richtig heißen:

... TOP 11.4 wird im öffentlichen Teil behandelt.

**TOP 6.11**, Seite 27, 3. Absatz von oben

Es muss richtig heißen:

... dass diese Gespräche erfolgten mit dem Ergebnis der negativen Aussage seitens der Gesellschafter **der SWM**, keine einzelne spezielle Städteförderung vorzunehmen.

**TOP 6.13**, Seite 29, 2. Absatz von oben

Es muss richtig heißen:

... geht in seinen Ausführungen auf das Objekt Kita **Waldschule (Leipziger Chaussee)** und das Anliegen....

**TOP 6.25**, Seite 44, 3. Absatz von oben

Es muss richtig heißen:

... sowie die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit **Frau Bröcker**...

**TOP 8.15**, Seite 61, 4. Absatz von unten

... und der Vorsitzende des Ausschusses StBV **Stadtrat Stern**...

#### **Redaktionelle Änderungen der Fraktion Die Linkspartei.PDS**

**TOP 6.1**, Seite 16, 3. Absatz von oben:

Es muss richtig heißen:

...der beantragten Maßnahme **vor allem** Überlegungen.....werden **müssen**.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 35.(IV)06 Sitzung des Stadtrates vom 06. 07. 2006 wird bei einigen Enthaltungen **bestätigt**.

### **36.(IV) Sitzung des Stadtrates vom 10.07.06**

#### **Redaktionelle Änderungen der CDU – Fraktion**

**TOP 11.3**, Seite 23, letzter Absatz

Es muss richtig heißen:

.....die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit **Frau Bröcker**....

**TOP 11.6**, Seite 25, 4. Absatz von oben

Es muss richtig heißen:

....Genehmigungen der Rettungsdienstleistungen der Landeshauptstadt Magdeburg für den Zeitraum 2007 – 2011

#### **Redaktionelle Änderungen der Verwaltung**

**TOP 11.7**, Seite 26, 6. Absatz von oben

Es muss richtig heißen:

.....(SWM) durch Erwerb und Umfirmierung.....

#### **Redaktionelle Änderungen der Fraktion Die Linkspartei.PDS**

**TOP 9.6**, Seite 12, Überschrift 2. Zeile

Es muss richtig heißen:

...Die Linkspartei.PDS....

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 36.(IV)06 Sitzung des Stadtrates vom 10. 07. 2006 wird bei einigen Enthaltungen **bestätigt**.

6. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

7.1.	5. Änderung der Ehrenbürgersatzung	DS0124/06
	BE: Oberbürgermeister	

---

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung der Änderungsanträge DS0124/06/1 und DS0124/06/2.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0124/06/3 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0124/06/1 des Ausschusses KRB beschließt der Stadtrat bei 1 Enthaltung einstimmig:

Der Stadtrat möge beschließen:

**§ 12  
Entziehungsrecht**

1. Der § 12 Abs. 1 ist um den Punkt

**d) den Ehrentitel „Ehrenbotschafter der Landeshauptstadt Magdeburg“  
gemäß § 6 dieser Satzung**

zu ergänzen.

2. Der § 12 Abs. 4 ist zu streichen.

Gemäß Änderungsantrag DS0124/06/2 des Ausschusses KRB beschließt der Stadtrat bei 1 Nein-Stimme mehrheitlich:

Der Stadtrat möge beschließen:

**§ 6  
Ehrentitel „Ehrenbotschafter der Landes-  
hauptstadt Magdeburg“**

1. Der § 6 Abs. 1 ist wie folgt zu ändern:

- (1) Die Stadt kann an hervorragende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport und des gesellschaftlichen Lebens, die mit der Stadt Magdeburg **in besonderer Weise** verbunden sind, den Ehrentitel „Ehrenbotschafter der Landeshauptstadt Magdeburg“ verleihen.
2. Der § 6 Abs. 2 ist wie folgt zu ändern:
  - (2) Der Ehrenbotschafter soll sich als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens für die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, kulturellem, sportlichem und touristischem Gebiet **oder im gesellschaftlichen Leben** im nationalen und internationalen Rahmen einsetzen.
3. Der § 6 Abs. 4 ist zu streichen.
4. Im § 6 Abs. 7 ist das Wort „**ganz**“ zu streichen.

Gemäß Änderungsantrag DS0124/06/3 der CDU-Fraktion beschließt der Stadtrat mehrheitlich:

Der Stadtrat möge beschließen:

**§ 3**  
**Ehrenstadträtin und Ehrenstadtrat**  
**Ehrenortschaftsrätin und Ehrenortschaftsrat**

Der § 3 wird um den Absatz 5 ergänzt:

- (5) Die Ehrenstadträtinnen und Ehrenstadträte sowie die Ehrenortschaftsrätinnen und Ehrenortschaftsräte tragen sich in das „Goldene Buch der Landeshauptstadt“ ein.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 45 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1117-37(IV)06

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Ehrenbürgersatzung entsprechend der in der Anlage 2 zu dieser Drucksache vorgeschlagenen Änderung.



7.2. HU-Bau Turmgruppe Kloster Unser Lieben Frauen  
BE: Oberbürgermeister

---

DS0172/06

Die Ausschüsse K, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1118-37(IV)06

1. Die HU-Bau für die Sanierung der Turmgruppe der Klosterkirche Unser Lieben Frauen wird in Höhe von 772.000 EUR bestätigt.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung und Realisierung der Sanierung der Turmgruppe aus Mitteln des Städtebaulichen Denkmalschutzes in den Jahren 2006 bis 2008 zu veranlassen.

7.3. Umbau und Sanierung der Integrativen KITA "Bördebogen"  
BE: Oberbürgermeister

---

DS0204/06

Die Ausschüsse Juhi, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung:

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1119-37(IV)06

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltsunterlage Bau für den Umbau und die Sanierung der Integrativen Kindertageseinrichtung „Bördebogen“ mit einem Gesamtkostenumfang von 2.550.000,- EUR.
2. Der Stadtrat beschließt die Umsetzung des Bauvorhabens unter dem Vorbehalt, dass entsprechende Haushaltsmittel eingestellt werden können und eine entsprechende Förderung des Landes Sachsen-Anhalt verbindlich zugesichert wird.



- 7.6. Neubesetzung im Beirat der GWM DS0273/06  
BE: Bürgermeister
- 

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1121-37(IV)06

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Magdeburg (IHK) und des Oberbürgermeisters zu, dass Herr Sven Horn als externes Mitglied in den Beirat der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH durch die Gesellschafterversammlung bestellt wird.

- 7.7. Neubesetzung im Aufsichtsrat der Magdeburger  
Verkehrsbetriebe GmbH DS0318/06  
BE: Bürgermeister
- 

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1122-37(IV)06

Der Stadtrat entsendet gemäß § 119 GO LSA für den zum 31.08.2006 ausscheidenden Herrn Dr. Martin Runkel Herrn Werner Kaleschky mit sofortiger Wirkung als externes Mitglied in den Aufsichtsrat der MVB GmbH.

- 7.8. Jahresabschluss der Gesellschaft zur Durchführung der  
Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum 31.03.2005 DS0115/06  
BE: Bürgermeister
- 

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1123-37(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den von der Dr. Weilep GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004/2005 der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH zum Bilanzstichtag 31.03.2005 zur Kenntnis.

2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschaft zur Durchführung der Magdeburger Weihnachtsmärkte mbH werden angewiesen:

- den Jahresabschluss zum 31.03.2005 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 52.365,52 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.755,65 EUR festzustellen,
- den Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.755,65 EUR mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 7.484,91 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Gewinnvortrag in Höhe von 4.729,26 EUR auf neue Rechnung vorzutragen;
- dem Geschäftsführer, Herrn Alfred Raabe, für das Geschäftsjahr 2004/2005 Entlastung zu erteilen;
- für das Geschäftsjahr 2005/2006 die Dr. Weilep GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer zu bestellen.

7.9.	Jahresabschluss 2005 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) GmbH, Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0253/06
------	---	-----------

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1124-37(IV)06

Der Stadtrat nimmt den von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der ZENIT GmbH zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der ZENIT GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 22.023.933,64 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 97.914,31 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2005 in Höhe von 97.914,31 EUR zusammen mit dem Gewinnvortrag in Höhe von 343.820,75 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
- dem Geschäftsführer, Herrn von Kenne, für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen.

- 7.10. Jahresabschluss 2005 der GISE-Gesellschaft für Innovation,  
Sanierung und Entsorgung mbH (GISE mbH) DS0265/06  
BE: Bürgermeister
- 

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung einstimmig:

Beschluss-Nr. 1125-37(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den von Herrn Dipl.-Kfm. Gerhard Krause, Hildesheim/Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der GISE mbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der GISE mbH werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 14.559.891,59 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.263.207,69 EUR festzustellen,
  - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.263.207,69 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg geleisteten Liquiditätszuwendungen in Höhe von 1.423.885,40 EUR zu verrechnen,
  - die Rückführung der nicht verrechneten Zuwendungen der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe von 160.677,71 EUR an den städtischen Haushalt zu beschließen,
  - dem Geschäftsführer Herrn Dr. Kuhne sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
  - den Wirtschaftsprüfer Herrn Dipl.-Kfm. Gerhard Krause, Hildesheim/Magdeburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen.

7.11. Jahresabschluss 2005 der GWM Gesellschaft für  
Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM)

DS0281/06

BE: Bürgermeister

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1126-37(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Dr. G. Schlömer, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftsvertreter der GWM werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme von 11.380.140,28 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 790.711,95 EUR festzustellen,
  - den Jahresüberschuss in Höhe von 790.711,95 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 4.016.910,09 EUR zu verrechnen,
  - den daraus resultierenden Verlustvortrag in Höhe von 3.226.198,14 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg in 2005 geleisteten Liquiditätshilfen in Höhe von 536.000,00 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Verlustvortrag in Höhe von 2.690.198,14 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
  - den Beirat für das Geschäftsjahr 2005 zu entlasten,
  - den Geschäftsführern, Herrn Dr. Puchta und Herrn Tyszkiewicz, für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen.

7.12. Jahresabschluss 2005 der Betreibergesellschaft Forschungs- und  
Entwicklungszentrum Magdeburg GmbH (FEZM)

DS0288/06

BE: Bürgermeister

---

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal informiert über seine Bitte im Ausschuss FG, die Beschlussempfehlung zu dem in der Drucksache vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfer zu überdenken. Er stellt den Änderungsantrag, den 4. Anstrich im Beschlusspunkt 2

- die Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen

heute nicht zu beschließen.

Der Bürgermeister Herr Czogalla informiert im Ergebnis einer durchgeführten Prüfung, dass weder im Aufsichtsrat noch in der Gesellschafterversammlung Bedenken gegen den vorgeschlagenen Wirtschaftsprüfer bestehen und die Verwaltung bei diesem Vorschlag bleibt.

Der Änderungsantrag des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

den 4. Anstrich im Beschlusspunkt 2

- die Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen

nicht zu beschließen

wird vom Stadtrat mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1127-37(IV)06

1. Der Stadtrat nimmt den von der Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2005 der FEZM zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2005 mit einer Bilanzsumme von 3.305.060,75 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 39,69 EUR festzustellen,
  - den Jahresüberschuss in Höhe von 39,69 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 221.245,62 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Verlustvortrag in Höhe von 221.205,93 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
  - den Geschäftsführern, Herrn Dietzel, Herrn Dr. Häfke und Prof. Dr. Krause, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung zu erteilen,
  - die Sozietät Anochin, Puls, Fehling, Köhler, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006 zu bestellen.

- 7.13.        Aufhebung Benutzungsordnung Ernst-Grube-Stadion (Amtsblatt        DS0285/06  
                 für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 31 vom 04. April 2000)  
  
                 BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1128-37(IV)06

Mit Wirkung vom 1. Oktober 2006 wird der Beschluss des Stadtrates vom 10.02.2000 „Benutzungsordnung betreffend die Nutzung des Ernst-Grube-Stadions der Landeshauptstadt Magdeburg“ (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 31 vom 04. April 2000) aufgehoben.

- 7.14.        Zahlung von übertariflichen Abfindungen des Städtischen        DS0310/06  
                 Klinikums Magdeburg  
  
                 BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Es liegt ein Austauschblatt zur Drucksache vor.

Der BA SK empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadträtin Huhn, SPD-Fraktion, erklärt ihre Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0310/06 und sieht diese als Grundlage für eine Diskussion der Fraktionen und des Stadtrates, wie die Zukunftssicherung des Städtischen Klinikums betrieben werden kann.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, hinterfragt die rechtliche Grundlage für die übertariflichen Zahlungen und kritisiert das Fehlen eines Konzeptes zur Umsetzung des Personalabbaus und entsprechende Alternativvorschläge. Sie hält in dieser Hinsicht die vorliegende Drucksache als Handlungsgrundlage des Stadtrates für nicht aussagekräftig genug.

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bezeichnet die vorliegende Drucksache als Ankündigung für einen Konsolidierungsprozess im Städtischen Klinikum. Im Betriebsausschuss des Städtischen Klinikums, der sich seit einem Jahr mit diesem Prozess befasst, wurde seitens der Betriebsleitung ein umfangreiches Konzept und der aktuelle Stand hierzu vorgestellt. Es bestand immer Klarheit hinsichtlich der Fragen der Personalkosteneinsparungen und des Personalabbaus, dass betriebsbedingte Kündigungen als



letztes Mittel zu betrachten sind und zuvor alle anderen Instrumente genutzt werden soll. Zur Kritik der fehlenden Hintergrundinformationen zur Umsetzung der Personalfragen begründet sie, dass mit der vorliegenden Drucksache zunächst die Zahlung der übertariflichen Abfindungen als ein Instrument zur Klärung der Personalfragen zur Anwendung gebracht werden sollen. Sie informiert über die Ankündigung der Betriebsleiterin, das Konzept zum Abbau des Personalüberhangs im Betriebsausschuss im Oktober vorzustellen. In ihren weiteren Ausführungen geht sie auf inhaltliche Schwerpunkte des Konzeptes ein, benennt weitere Instrumente zur Klärung der Personalsituation und macht erläuternde Ausführungen hinsichtlich der Summe der Abfindungszahlungen.

Abschließend kündigt sie die Vorlage einer Drucksache bzgl. der weiteren Verfahrensweise im Städtischen Klinikum für die Sitzung des Stadtrates im Oktober an.

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand informiert über die Behandlung der Drucksache im Betriebsausschuss Städtisches Klinikum und sieht mit der Durchsetzung von Maßnahmen wie z.B. die Zahlung von Abfindungen, Altersteilzeitregelungen oder Personaleinsparungen durch Auslaufen befristeter Arbeitsverträge eine Kompromisslösung, wenn sich ein Personalabbau nicht vermeiden lässt. Er kündigt an, sich bei der Abstimmung zur Drucksache zu enthalten.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal zur Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Zahlung der Abfindungen informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass dies Mittel der Krankenkassen sind.

Zur weiteren Nachfrage von Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezüglich der Zustimmung speziell der AOK führt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker aus, dass seitens der AOK der stattfindende Konsolidierungsprozess begrüßt wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass bei einer Ablehnung der Drucksache das dort aufgezeigt Verfahren trotzdem durchgeführt wird, jedoch mit der Konsequenz, dass für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weniger finanzielle Mittel bereitgestellt werden.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Personalvertretung des Städtischen Klinikums als ausgezeichnet und sieht hierin eine Garantie, dass Entscheidungen nur im Konsens zwischen diesen beiden getroffen werden.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Nein-Stimmen und vielen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1129-37(IV)06

Der Stadtrat beschließt für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Magdeburg die Zahlung von übertariflichen Abfindungen an Beschäftigte der vom Personalabbau betroffenen Bereiche in Anlehnung an die 5. Richtlinie des Landes Sachsen-Anhalt vom 01. Januar 2006 unter dem Vorbehalt, dass hierfür die Bewilligungen auf Freistellung von den Vorschriften des § 73 Abs.3 GO- LSA durch das Ministerium des Innern LSA und die Zustimmung des kommunalen Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt e.V. vorliegen, entsprechend der Abfindungsregelung des Klinikums vom 17. Juli 2006.

- 7.15. Errichtung des Glockenstuhls im Nordturm der Johanniskirche zu Magdeburg DS0222/06
- 
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1130-37(IV)06

1. Der beiliegenden Vereinbarung zwischen der Trinitatisgemeinde Magdeburg, der Landeshauptstadt Magdeburg, dem Kuratorium für den Wiederaufbau der Johanniskirche zu Magdeburg und der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGM) wird beigetreten.
2. Das Hochbauamt der Landeshauptstadt Magdeburg wird beauftragt, die Bauherrenfunktion für die Errichtung des Glockenstuhls im Nordturm zu übernehmen. Die Kosten für die Errichtung des Glockenstuhls werden durch das Kuratorium für den Wiederaufbau der Johanniskirche zu Magdeburg getragen.
3. Die Sanierung von Teilen des vorhandenen Bauwerks Johanniskirche, die im zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbau des Glockenstuhles erforderlich sind, werden durch den Haushalt der Landeshauptstadt Magdeburg getragen.  
Der Finanzbedarf wird vom Hochbauamt ermittelt und zur Einstellung in den städtischen Haushalt beantragt.
4. Die Kosten, die durch den Betrieb, die Wartung und eventuell künftig notwendig werdende Reparaturen der Glockenanlage entstehen, werden durch die MVGM übernommen. Die MVGM stellt hierzu einen Betrag von bis zu 600,00 € jährlich zur Verfügung.
5. Die nachfolgend aufgezählten Läuteanlässe werden betätigt:
  - Jahrestag der Zerstörung Magdeburgs am 16. Januar,
  - Reformationstag am 31. Oktober,
  - Jahreswechsel,
  - Gedenken zum Wiederaufbau der Johanniskirche mit der Südturmerrichtung am 12. Mai (alle fünf Jahre)
  - Todestag Otto-von-Guericke am 11. Mai (alle fünf Jahre)
  - Kirchliche Veranstaltungen auf Anforderung des Veranstalters
  - Sonderanlässe nach Abstimmung und mit beiderseitigem Einverständnis der Vertragspartner

7.16. Änderung Geltungsbereich und Umbenennung B-Plan Nr. 103-2C "Korbwerder" DS0125/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1131-37(IV)06

1. Das Plangebiet 103-2B/C „Kraftwerk-Privatweg/Korbwerder“ wird verkleinert. Der aufzuhebende Teilbereich des Plangebietes wird umgrenzt:

- im Süden von der Süd- und Westgrenze des Flurstückes 10010 der Flur 206 und der Nordgrenze des Flurstückes 10013;
- im Westen von der westlichen Straßenraumbegrenzung des August-Bebel-Dammes;
- im Norden von der südlichen Kaikante des Hafenbeckens I und dem Straßenraum des August-Bebel-Dammes bis in Höhe des Hafenbeckens II;
- im Osten von der westlichen Uferbegrenzung des Zweigkanals.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan 1, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Der Beschluss über die Aufhebung des Teilbereichs des Bebauungsplangebietes ist ortsüblich bekannt zu machen.

2. Der Bebauungsplan Nr. 103-2B/C wird umbenannt in 103-2C „Korbwerder“.
3. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes 103-2C „Korbwerder“ wird neu umgrenzt:

- Im Norden: von der Süd- und Westgrenze des Flurstückes 10010 der Flur 206 und der Nordgrenze des Flurstückes 10013;
- Im Westen: von der Westgrenze des August-Bebel-Dammes, im Bereich der Einmündung Scheidebuschstraße von der Ostseite des August-Bebel-Dammes (gleichzeitig Ostgrenze des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 104-3.1 „Nahversorgungszentrum Rothensee/Scheidebuschstraße“);
- Im Süden: von der Nordseite des Korbwerder;
- Im Osten: von der westlichen Uferbegrenzung des Zweigkanals bzw. der Ostgrenze des Flurstückes 10011 (Flur 206).

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan 2, der einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, dargestellt.

Der Beschluss über die Umgrenzung des Bebauungsplangebietes ist ortsüblich bekannt zu machen.



7.19. Ausweisung eines SO-Gebietes großflächiger Handelsbetriebe im B-Plan Nr. 178-4 "Rogätzer Straße" DS0140/06

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der Ausschuss StBV lehnt eine Beschlussfassung zur Drucksache ab.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

In seinen umfassenden Ausführungen gibt Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Erläuterungen zum geplanten Standort und begründet seine Auffassung, die geplante Ansiedlung nicht vornehmen zu lassen und empfiehlt die Ablehnung der vorgelegten Drucksache.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg informiert über die Behandlung der Thematik im Ausschuss und erläutert die Hintergründe für die Zustimmung zur Drucksache DS0140/06.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, begründet umfassend seine Zustimmung zur Drucksache DS0140/06.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bund für Magdeburg Herr Dr. Kutschmann nimmt Bezug auf eine ähnliche Situation im Stadtteil Stadtfeld und hält eine weitere Ansiedlung entsprechend der vorgelegten Drucksache für problematisch.

Der Leiter des Fachbereiches Geodienste und Baukoordination Herr Dr. Scheidemann informiert über die rechtlichen Hintergründe, die Drucksache DS0140/06 im Stadtrat zu beschließen und gibt in seinen weiteren Ausführungen umfassende Erläuterungen zum Anliegen der Drucksache.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke begründet die Ablehnung der Drucksache DS0140/06 seiner Fraktion.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich ebenfalls für eine Ablehnung der Drucksache DS0140/06 aus und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, sieht die Entscheidung des Ausschusses FG als Lenkungsausschuss für die Entwicklungsmaßnahme Rothensee als gegeben an. Sollte der Stadtrat darüber befinden, keine abschließende Entscheidung zu treffen, dann gilt der o.g. Beschluss.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Canehl verweist er darauf, dass dies dessen persönliche Auffassung ist und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zur Drucksache DS0140/06.



- 7.21. Erlass künftiger Erschließungsbeiträge für die ZENIT GmbH DS0212/06  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Die Ausschüsse RWB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** bei 2 Enthaltungen einstimmig:

Beschluss-Nr. 1135-37(IV)06

Der Stadtrat stimmt zu, dass von Seiten der Stadt der ZENIT GmbH eine Zusicherung gemäß § 38 VwVfG über den Erlass möglicher, künftiger Erschließungsbeiträge im Falle einer weiteren Erschließung für die ZENIT GmbH gem. § 135 Abs. 5 BauGB erteilt wird.

8. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

8.1. Herr Lothar Tietge. Lentke-Str. 18c

Wann wird im Stadtrat erneut das Thema bezüglich des Baues eines neuen Tierheimes aufgenommen?

Das, was jetzt passiert, ist aus meiner Sicht nur Fragmente. Kann mich als Tierfreund absolut nicht befriedigen, was hier gemacht wird. Sicher für den Augenblick in Ordnung, aber für die Zukunft kann das aus meiner Sicht nicht für die Landeshauptstadt Magdeburg reichen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt seinen persönlichen Standpunkt dar und verweist darauf, dass die Zuständigkeit für die Einbringung in den Stadtrat den einzelnen Fraktionen obliegt. Aus seiner Sicht ist das Thema mittelfristig jetzt erst mal von der Tagesordnung heruntergenommen. Wann es wieder draufkommt, kann von ihm nicht gesagt werden, da sich die Stadt aus finanziellen Gründen ein Tierheim in der Größenordnung von ca. 4 Millionen in den nächsten Jahren mit Sicherheit nicht leisten kann. Das Tierheim der Stadt Magdeburg wird an seinem derzeitigen Standort erhalten, d.h. es wird mit etwas weniger Tieren betrieben werden. Möglicherweise müssen bei Überschreitung der Kapazitäten des Tierheims weitere Tiere auch woanders untergebracht werden. Hierbei werden aber alle rechtlichen Vorschriften einhalten.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde überbringt Herr Bob Bogen, Mitglied der Vereinigung Sisters City Nashville Grüße aus der Stadt Nashville/Tennessee und berichtet über den Bau eines Magdeburg-Greenway in Nashville. Er bringt seine Freude über die Gelegenheit zum Besuch in Magdeburg zum Ausdruck und übermittelt beste Wünsche an die Mitglieder des Stadtrates und den Oberbürgermeister.

Der 2. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand bedankt sich für Ausführungen von Herrn Bogen und bezeichnet sie als Bekundung der herzlichen Beziehungen zwischen Magdeburg und Nashville/Tennessee.

## 9. Anfragen an die Verwaltung

---

### 9.1. Schriftliche Anfrage (F0170/06) der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

LKW-Verkehr durch die Ortslage Rothensee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach Beobachtungen von Anwohnern aus der Ortslage Rothensee hat der LKW-Verkehr (auch durch Tanklastzüge) in der Hohenwarther Straße zugenommen. Offensichtlich wird vor dem Hintergrund der Mauteinsparung die Verbindung über die Hohenwarther Straße bis nach Barleben (Richtung Stendal) immer beliebter. Diese Entwicklung war so weder vom Stadtrat noch von den Rotheseern gewollt. Sie ist kontraproduktiv für die Entwicklung des Wohnwertes der Ortslage und sollte möglichst verhindert, zumindest jedoch für Mautflüchtige unattraktiv gemacht werden.

Ich möchte daher fragen:

In welchem Maße hat der LKW-Verkehr in der Hohenwarther Straße zugenommen?  
Welche Maßnahmen sind möglich und notwendig, um den zunehmenden LKW-„Schleichverkehr“ über die Hohenwarther Straße bis nach Barleben zu unterbinden?

Ich bitte um mündliche und schriftliche Antwort.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.



### 9.2. Schriftliche Anfrage (F0182/06) der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Gelände der Bördebrauerei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Monaten ruht nun das, was mit dem Abbruch auch denkmalgeschützter Bausubstanz einherging, die Arbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Bördebrauerei in der Sieverstorstraße.

Trümmerberge blieben zurück. Bei älteren Magdeburgern werden schlimme Erinnerungen wach.

Herr Oberbürgermeister,

wann kann mit einer ordnungsgemäßen Beräumung der Fläche gerechnet werden?

Welche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr – neben den Absperrbändern – müssen ergriffen werden, damit niemand auf dem Gelände zu Schaden kommt?

Wie wird mit dem Verursacher der Situation umgegangen? Wie wird er an den Kosten beteiligt?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

### 9.3. Schriftliche Anfrage (F0183/06) des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion

Ladenöffnungszeiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch die Landesregierung wurde eine Änderung der Regelungen zum Thema Ladenöffnungszeiten in Sachsen-Anhalt beschlossen.

Zwar muss der Landtag noch über die Modifikationen des Ladenöffnungsgesetzes abschließend abstimmen, aber bereits jetzt muss vom entsprechenden Handlungsbedarf auf Seiten der Stadt Magdeburg ausgegangen werden.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie beabsichtigt die Landeshauptstadt mit den zu erwartenden Veränderungen beim Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen umzugehen bzw. wurden bereits Gespräche mit den freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in dieser Hinsicht geführt?
2. Welche Nachfrageänderungen werden im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs erwartet und wie beabsichtigt die Stadtverwaltung damit umzugehen?
3. Gibt es weitere Aspekte, die durch die Stadtverwaltung, z. B. bei den Öffnungszeiten der Bürgerbüros, Zusammenhang mit dem oben genannten Sachverhalt berücksichtigt werden müssen bzw. wie ist der Umgang damit geplant?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt Bezug auf die Absicht der Landesregierung, die Ladenöffnungszeiten freizugeben und verweist auf die Entscheidungsfreiheit des Handels bei der Gestaltung der Öffnungszeiten. Entsprechend dieser Entscheidungsfreiheit und auch aus Erfahrungswerten hinsichtlich der Nutzung der Sprechzeiten sieht er keine Veranlassung, die bestehenden Öffnungszeiten der Stadtverwaltung zu verändern.

Hinsichtlich des Öffentlichen Personennahverkehrs führt er aus, dass Geschäftsführung und Aufsichtsrat der MVB ihre eigenen Entscheidungen treffen müssen. Mit Sicherheit werden keine Entscheidungen getroffen die finanzielle Auswirkungen auf die Gesellschaft haben oder zu einer Erweiterung der Fahrzeiten führen. Zusätzliche Serviceleistungen im Personennahverkehr auf Kosten der Steuerzahler bzw. der Stadt wird es definitiv nicht geben.

Bezüglich Veränderungen beim Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen verweist der Oberbürgermeister auf die Verantwortung der freien Träger, hier auf einen sich möglicherweise verändernden Bedarf zu reagieren und entsprechende Angebote zu unterbreiten. Bei Bedarf ist seitens der freien Träger, auch unter dem Aspekt der Kostenneutralität, über eventuelle Verlagerungen der Betreuungszeiten zu entscheiden. Eine Zuständigkeit der Stadt ist hierbei jedoch nicht mehr gegeben.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

#### 9.4. Schriftliche Anfrage (F0169/06) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion

Bilanz der Kampagne Heimatschachteln

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Ende März dieses Jahres wurden unter erheblicher öffentlicher Resonanz drei Modellprojekte gegen Abwanderung gestartet. Eines dieser Projekte war der Versand von sogenannten Heimatschachteln an ehemalige Bürger Magdeburgs. Nach nunmehr rund 5 Monaten, die seit dem Projektstart vergangen sind, ist es aus Sicht unserer Fraktion Zeit, einmal eine kleine Zwischenbilanz über das Projekt zu ziehen.

Daher stelle ich Ihnen folgende Fragen:

1. Wie viele der sogenannten Heimatschachteln wurden bis zum heutigen Tage versandt?
2. Welche Reaktion gab es von den Empfängerinnen und Empfängern der Heimatschachteln?
3. Wie und in welchem Umfang ist die Fortführung des Projektes geplant?
4. Welche Einschätzung hat die Stadtverwaltung zum Erfolg dieser Versandaktion?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, hierzu keine Beantwortung vornehmen zu können, da dies kein städtisches Projekt war sondern seitens der Fachhochschule durchgeführt wurde. Eine entsprechende Beantwortung kann deshalb nur durch die Fachhochschule selbst erfolgen.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende mündliche Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

#### 9.5. Schriftliche Anfrage (F0177/06) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Menschliche Bedürfnisse in Magdeburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung und damit des steigenden Anteils der Bürger, die unter Inkontinenz leiden, ist es sinnvoll, den Problemen eines ausreichenden Angebotes an öffentlichen Toiletten und auch eines umfassenden Hinweissystemes künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Dies betrifft die Innenstadt und die Stadtgebiete ebenso wie auch allgemein Endhaltestellen und Umsteigepunkte von Bussen und Straßenbahnen. Allerdings sprechen die angespannte Haushaltslage der Stadt und die hohen Bau- und Unterhaltungskosten öffentlicher Toiletten gegen eine Ausweitung im o.g. Sinne.

Da lässt die probeweise und nun bis zum 31. Oktober 2006 ausgedehnte Nutzung der sanitären Anlagen der Gaststätten-Toilette der „Brasserie am Schelli“ doch hoffen. Zwar wurde hierbei der Focus der zu „versorgenden“ Klientel mehr auf die Kleinsten dieser Stadt, nämlich unsere Kinder, gerichtet, aber diese Methode und das Angebot ließen sich beliebig auch auf andere Bevölkerungsgruppen ausdehnen.

Deshalb unsere Anfragen dazu:

1. Wieviel öffentliche Toiletten, die auch dauerhaft betrieben werden, gibt es in der Stadt Magdeburg und an welchen Standorten befinden sich diese ?
2. Wird seitens der Verwaltung unter Berücksichtigung aller bisher vorhandenen öffentlichen Toilettenanlagen in der Stadt ein weitergehender Bedarf zur Einrichtung neuer WC-Anlagen gesehen, auch unter dem Aspekt des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung ? Wenn ja, wie gedenkt die Verwaltung damit umzugehen ?
3. Wie schätzt die Verwaltung zukünftig die Ausweitung der Mitnutzung von Gaststätten-Toiletten generell auf alle Bevölkerungsschichten ein, wie dies insbesondere für die Nutzer und Besucher des Spielplatzes am Schelli versuchsweise mit der in der „Brasserie am Schelli“ erfolgte ?

Wir bitten um ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6. Schriftliche Anfrage (F0179/06) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bearbeitungsdauer Erstellung B-Plan

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der DS0087/05 wurde der Finanz- und Grundstücksausschuss in seiner Sitzung am 26. 10.05 befasst. Der Ausschuss beschloss den Verkauf nicht. Er verwies die Drucksache an die Verwaltung zurück und forderte auf, für das Grundstück einen B-Plan zu erstellen.

Mit der Zustimmung zur DS0052/06 wurde der Beschluss über die Aufstellung des B-Planes Nr.263-1 durch den Stadtrat am 01. 06.06 getroffen.

Zur Sitzung am 30. 08.06 erhielt der F/G-Ausschuss die Information I0218/06 mit dem Inhalt, dass mit der Satzung zum B-Plan nicht vor Ende 2007 zu rechnen ist.

Ich frage deshalb:

Wie wird begründet, dass die Bearbeitungsdauer für die Erstellung eines B-Planes für eine Fläche von ca. 8.907 m<sup>2</sup> ab Aufstellungsbeschluss rund 18 Monate dauern wird, obwohl ein berechtigtes Interesse Magdeburger Bürger zum Kauf dieser Fläche seit mehreren Jahren in der Verwaltung bekannt ist ?

Ich bitte um Beantwortung der Anfrage in der Stadtratssitzung am 07. 09.06.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die Vereinbarung erst Bebauungspläne aufzustellen, wenn für das betreffende Gebiet ein Vorhabenträger seine Absicht zur Bebauung bekundet hat. Es ist Absicht der Stadt, vorhabenbezogene Bebauungspläne aufzustellen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine konkrete Planung zur Bebauung.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

### 9.7. Schriftliche Anfrage (F0163/06) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

#### Übertragung der Fußballweltmeisterschaft auf dem Domplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland ist Geschichte. Wie bekannt, war die größte Leinwand auf dem Domplatz installiert und zog zu bestimmten Spielen Tausende von Fans an.

Ich frage und bitte um eine mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Antwort:

1. Wie schätzt die Landeshauptstadt die Übertragung der Fußball-Weltmeisterschaft auf öffentlichen Plätzen in Magdeburg insgesamt ein? Welche spezielle Einschätzung wird für diese Nutzung des Domplatzes über den Zeitraum von vier Wochen getroffen?
2. Welche Auswirkungen hatte das „Public Viewing“ auf die an- und umliegenden Gewerbetreibenden des Domplatzes, speziell im Bereich der Gastronomie und Hotellerie?
3. Verfügt die Stadt über Informationen, wie die Anwohner das Dauerevent aufgenommen haben? Wenn ja, welche sind dies?
4. Mit welchen baren und unbaren Leistungen hat die Landeshauptstadt die Durchführung der Veranstaltung am Ende tatsächlich unterstützt?
5. Gibt es darüber hinaus Erkenntnisse über positive wirtschaftliche und touristische Effekte für die Landeshauptstadt?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seiner Beantwortung der Anfrage verweist Herr Platz darauf, dass seitens der Stadt die Live-Übertragungen hinsichtlich der Thematik Sicherheit als überaus positiv eingeschätzt werden. Die Veranstaltungen liefen insgesamt friedlich ab, was insofern auch eine positive Werbung für das Land Sachsen-Anhalt war. Dies ist dem guten Sicherheitskonzept der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei geschuldet, welche Vorsorge getroffen hat, um entsprechende Eingriffsmöglichkeiten zu haben.

Zur Frage der Auswirkungen auf die an- und umliegenden Gewerbetreibenden kann jedoch keine zahlenmäßige Belegung vorgenommen werden. Ob die insgesamt positive Bilanz der Gastronomie auf die Übertragungen zurückzuführen sind kann somit nicht beantwortet werden. Hinsichtlich Beschwerden von Anwohnern führt er aus, dass es diese zwar gab, aber nicht im Übermaß. Dies ist beachtenswert, da die Open-Air-Veranstaltungen auf dem Domplatz über die Dauer von vier Wochen stattfanden. Auch zu einer weiteren Veranstaltung am Petriförder gab es keine Beschwerden.

Hinsichtlich erbrachter barer und unbarer Leistungen bezieht er sich auf die Leistungen, die seitens des SAB erbracht wurden. Diese belaufen sich auf rd. 8.300 Euro und gliedern sich auf die erforderlichen Reinigungsleistungen auf.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung Herrn Dr. Puchta:

Auf Nachfrage bei den Veranstaltern konnte erfahren werden, dass ca. 120.000 Gäste die Veranstaltungen auf dem Domplatz besucht haben. Eine Beantwortung der wirtschaftlichen Fragen gestaltet sich jedoch schwierig. Deutlich geworden ist jedoch, dass die Kapazität des Domplatzes speziell bei den Deutschlandspielen nicht ausgereicht hat. Dies hat sich auch auf die umliegende Gastronomie ausgewirkt. Probleme, auf Grund menschlicher Bedürfnisse, ergaben sich hauptsächlich im Umfeld des Domplatzes. Insgesamt werden die Übertragungen seitens der Veranstalter als positiv eingeschätzt.

Der finanzielle Zuschuss beläuft sich auf 40.000 Euro. Diese Summe liegt im Rahmen der beschlossenen finanziellen Mittel und wurde, wie auch aus dem Verwendungsnachweis ersichtlich, speziell für Sicherheit und die Bereitstellung von sanitären Anlagen eingesetzt.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

#### 9.8. Schriftliche Anfrage (F0165/06) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM

Todesfälle in den Sommermonaten

1. Sind in den Sommermonaten der Jahre 2003 sowie 2006 in Alten- und Pflegeheimen in kommunalen, sowie Einrichtungen in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Magdeburg vermehrt Todesfälle verzeichnet worden?
2. Existiert über diese Problematik eine Statistik?
3. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen und wenn nein, warum nicht?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker informiert, dass im zuständigen Eigenbetrieb der Stadt keine signifikanten Veränderungen hinsichtlich eines Anstiegs der Sterbefälle bekannt sind. Im Übrigen wird darüber keine Statistik geführt, da die Todesursachenstatistik Landes- bzw. Bundesangelegenheit ist. Hauptsächlich festgestellte Todesursache ist Herz-Kreislauf-Versagen, aber hier wird statistisch kein Zusammenhang zur Wetterlage hergestellt.

In den Pflegeheimen werden bei starker Hitze entsprechende Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen für die Bewohner ergriffen.

Auf Grund der Tatsache, dass das Führen einer Statistik auf Landes- bzw. Bundesebene erfolgt, liegen der Stadt keine entsprechenden Erkenntnisse vor.

Nachfrage des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM:

Es ist so, dass in anderen Einrichtungen Statistiken geführt werden und es ist eine gesicherte medizinische Erkenntnis, dass bei Extremtemperaturen, wie sie im Juli bei ca. 32, 33 Grad waren, vermehrt Todesfälle auftreten. Diese Erkenntnis ist Grund für meine Anfrage.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bestätigt die Aussage von Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, und verweist aber darauf, dass vermehrte Todesfälle im Städtischen Eigenbetrieb nicht aufgetreten sind und ihr diese Aussage aus dem Eigenbetrieb so zugearbeitet wurde.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

#### 9.9. Schriftliche Anfrage (F0166/06) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM

Unterbringung von Immigranten

Nach unserem subjektiven Empfinden wird bei der Unterbringung von Immigranten sehr einseitig verfahren. Es scheint uns, dass Einwanderer schwerpunktmässig im Stadtteil Neu Olvenstedt untergebracht werden und damit ein sozialer Brennpunkt geschaffen wird. Es besteht die Gefahr einer Ghettoisierung und kann eine Integration behindern, da sich Minderheitsgruppen bilden, die weitgehend unter sich bleiben.

Ist es nicht weit günstiger, die Angehörigen der ethnischen Gruppen über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen und somit bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Zuwanderer besser integrieren?

Könnte nicht mit einer derartigen Massnahme Gruppenbildungen vorgebeugt werden?

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker bestätigt, dass die geschilderte Thematik tatsächlich ein subjektiver Eindruck zu sein scheint. Sie informiert, dass im genannten Stadtgebiet Neu Olvenstedt insgesamt 577 Migranten zugezogen sind und verweist darauf, dass seitens der Stadt keine Möglichkeit besteht, auf eine Verteilung Einfluss zu nehmen. Grund hierfür ist, dass Aussiedler sich genau wie jeder andere Bürger ihre Wohnungen selbst suchen. Dieser Prozess ist nicht steuerbar, da zuwandernde Aussiedler dort wohnhaft werden wollen, wo bereits andere Migranten zugezogen sind. Auch wenn der Eindruck entstehen sollte, dass ein bestimmtes Stadtgebiet für Ansiedlung von Migranten bevorzugt wird, ist er mit der Anzahl der in Neu Olvenstedt wohnenden Migranten nicht zu belegen.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch den Fragesteller bestätigt.

9.10. Schriftliche Anfrage (F0172/06) des Stadtrates Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS

## Baumfällungen im Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Magdeburg zählt zu den grünsten Städten Europas. Das ist zweifellos Geschenk und Verpflichtung zugleich. Vor diesem Hintergrund sorgen immer wieder Baumfällungen gleich welcher Art für Aufregung, Besorgnis und Unverständnis bei weiten Teilen der Bevölkerung.

**Ich frage Sie daher:**

Wie viele Bäume wurden in den Jahren 2004 bis 2006 insgesamt im Magdeburger Stadtgebiet mit vorliegender amtlicher Genehmigung gefällt? Bitte nach Jahresscheiben, Arten, öffentlichen und privaten Grundstücken und Gründen getrennt angeben. Bei wie vielen Bäumen ist bekannt geworden, dass sie ohne Genehmigung gefällt worden sind?

Wie erfolgt im Einzelnen die Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung von Baumfällanträgen? Welches sind die maßgeblichsten und häufigsten Kriterien? Erfolgt in der Regel eine Vor-Ort-Besichtigung bzw. kommen amtlich bestellte Baumgutachter zum Einsatz?

In welchem Maße erfolgt die Kontrolle der Beauftragung mit Ersatzpflanzungen? In wie vielen Fällen wurden aus welchen Gründen die Ersatzpflanzungen nicht realisiert? Auf welche Weise erfolgt hierbei die weitere Verfolgung der Beauftragung?

Wie stellt sich die Sachlage beim jüngst bekannt gewordenen Fall der Fällung von drei Bäumen in der Brunnersiedlung im Stadtteil Sudenburg dar?

Welche Möglichkeiten werden gesehen, die Bevölkerung und auch auf diesem Gebiet fachlich tätige Vereine und Verbände wie bspw. der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.(BUND) zu informieren und mit einzubeziehen, um bereits im Vorfeld Entscheidungen nachvollziehbar und transparent zu machen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert auf der Grundlage eines umfangreichen statistischen Materials über die Entwicklung der Anträge auf Baumfällungen und legt dar, dass im Jahr 2004 1.388 Anträge, im Jahr 2005 insgesamt 1.703 Anträge und im ersten Halbjahr 2006 962 Anträge gestellt wurden, die sowohl positiv aber auch negativ beschieden wurden. Als Hauptursache für derartige Anträge benennt er in erster Linie den Gefahrenkomplex für Personen und Sachen, auf Grund kranker Bäume bzw. drohendes Umstürzen von Bäumen. Auf dieser Grundlage gab es beispielsweise im Jahr 2004 insgesamt 696 Fälle. Als weitere Ursache für Anträge auf Baumfällungen ist auch zu verzeichnen, dass auf Grund von zu schaffendem Baurecht Bäume weichen müssen. Hier besteht jedoch die



Möglichkeit der Auflagenerteilung, Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Die Einhaltung der Auflagen werden dann natürlich durch das Umweltamt kontrolliert.

Im Weiteren informiert er über den Verfahrensablauf zur Bescheidung eines Antrages auf Baumfällungen.

Er kündigt an, eine ausführliche Berichterstattung zur Thematik im Ausschuss Umwelt und Energie vorzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 9.11. Schriftliche Anfrage (F0168/06) des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion

Auftragsvergabe ohne Ausschreibungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mit seinem Urteil (Rechtssache C-340/04) hat der Europäische Gerichtshof am 11. Mai 2006 festgestellt, dass Gemeinden auch ohne Ausschreibung Aufträge an eigene Unternehmen vergeben dürfen.

Voraussetzungen sind aber,

1. dass die Gemeinde nicht nur auf die strategischen Ziele des Unternehmens, sondern auch auf die wichtigen Entscheidungen desselben maßgeblichen Einfluss ausüben kann und
2. dass das Unternehmen fast ausschließlich für kommunale Auftraggeber tätig ist und die Anteile sich ausschließlich im Gemeindebesitz befinden.

Daher stelle ich folgende Frage:

Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs auf die Vergabetätigkeit der Landeshauptstadt?

Neben einer mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert, dass der Verwaltung das Urteil des Europäischen Gerichtshofes bereits bekannt war und bezeichnet es als Folgeurteil der grundlegenden Neuorientierung des EUGH im Urteil von Januar

2005, in dem die Voraussetzungen des Inhouse-Geschäftes erheblich verschärft wurden. Ebenso wird jetzt eine 100 %ige kommunale Beteiligung für die Führung eines vergabefreien Inhouse-Geschäftes verlangt. Er erinnert daran, dass diese Forderung dazu geführt hatte, dass ein Rückerwerb seitens der Stadt von Geschäftsanteile einer städtischen Gesellschaft erfolgte. Im Augenblick werden auf Grund dieses jüngsten Urteils jedoch keine Auswirkungen gesehen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 9.12. Schriftliche Anfrage (F0180/06) der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Gedenktafel „Braunes Haus“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor einigen Tagen wurde das neu gestaltete Klosterumfeld übergeben. Nahe dem Kloster unserer Lieben Frauen erinnerte eine Steinplatte, dass an dieser Stelle das „Braune Haus“ stand. Diese wurde während der Bauarbeiten eingelagert.

Ich frage Sie, Herr Oberbürgermeister:

Wann wird die Gedenktafel wieder auf ihren ursprünglichen Platz gebracht?

Ich bitte um mündliche Antwort bzw. schriftliche Beantwortung.

Antwort des Fachbereichsleiters Schule und Sport Herrn Krüger i.V.d. Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Leiter des Fachbereiches Schule und Sport Herr Krüger informiert über die Aussage des zuständigen Bereiches, dass das neugestaltete Klosterumfeld bereits übergeben wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass schon alle Arbeiten abgeschlossen sind. Bislang wurden der Straßen- und Wegebau sowie die grobe Freiflächenanordnung realisiert. Es fehlen noch die Neueinrichtung der Gedenkplatte, die teilweise Beleuchtung und die erforderlichen Mauersanierungsarbeiten. Wenn diese Maßnahmen abgeschlossen sind, wird die Gedenkplatte wieder an ihren Standort gebracht. Darüber wurde auch das zuständige Fachamt informiert.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch die Anfragerstellerin bestätigt.

9.13. Schriftliche Anfrage (F0181/06) der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS

Ablesung der Elektrozähler in städtischen Gebäuden

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ist es richtig, dass die Ablesung der Elektrozähler in den städtischen Gebäuden künftig per Funk erfolgen soll?

Entstehen dadurch Mehrkosten? Wenn ja, wie hoch sind diese?

Ich bitte um mündliche Beantwortung gegebenenfalls um schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass ihm zu dieser Thematik keine Erkenntnisse vorliegen. Hierzu muss zunächst bei den Städtischen Werken angefragt werden, ob die Absicht zum o.g. Ableseverfahren besteht.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.14. Schriftliche Anfrage (F0174) des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion

Zur Situation im Stadtarchiv

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

bislang waren im Stadtarchiv Personen durch das Jobcenter AQB Porsestraße zur Hilfeleitung bei heimatgeschichtlichen und kulturhistorischen Informationen zur Stadtgeschichte eingesetzt. Ein weiterer Bewilligungsbescheid zum Einsatz von Personen ist durch das Jobcenter abgelehnt worden.

Meine Frage ist, wie kann dem Stadtarchiv bei der weiteren Umsetzung der obengenannten Problematik geholfen werden?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker informiert, dass die im Stadtarchiv geplanten Maßnahmen zum Einsatz von zwei Mitarbeitern auf Grund fehlender Haushaltsmittel nicht umgesetzt werden. Eine weitere Maßnahme – die Aufarbeitung alter Planungsunterlagen – wurde im Rahmen eines Notprogramms bewilligt. Aktuell besteht die Situation, dass für Arbeitsförderungsmaßnahmen neu 1,6 Mio Euro avisiert wurden und seitens des Haushaltsausschusses des Bundestages 230 Mio Euro zur Verteilung freigegeben wurden. In der Hoffnung, dass auch ein Anteil der Stadt Magdeburg zugewiesen wird, ist vorgesehen, die genannte Maßnahme über die AQB zu realisieren.

Auf Nachfrage des Stadtrates Seifert, CDU-Fraktion, zur Erforderlichkeit einer erneuten Antragstellung führt die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker aus, dass auf Grund des Ablehnungsbescheides eine erneute Antragstellung erfolgen muss.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

#### 9.15. Schriftliche Anfrage (F0184/06) des Stadtrates Heintz, CDU-Fraktion

Behelfsbrücke Sohlener Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

nach vielen Zeitungsartikeln und Bürger-Anfragen möchte ich wissen, wann die sog. Behelfsbrücke über die Bahngleise in der Sohlener Str. bevölkerungsfreundlich umgestaltet wird. Dies betrifft vor allem den Steigungswinkel der sog. Rampe für Fahrräder und Kinderwagen. Für ältere Menschen mit Fahrrädern oder Frauen mit Kinderwagen ist dies nicht zu bewältigen. (30° jetzt-max. zulässig 24°?) Auch wenn alles DIN-gerecht hergestellt wurde, muss man dann fragen, wer dies so festgelegt hat. Das ist weit entfernt jeglicher Praxis.

Dass Behinderte einen Umweg von mindestens 2(!) km in Kauf nehmen müssen, sei hier nicht nur am Rande erwähnt!

Andere Mängel am „Übergangsbauwerk“ (steht bei den momentanen Bauaktivitäten bestimmt noch 2 Jahre), sind z. B. unterschiedliche Stufenhöhen, (Richtwerte von Steighöhen und Auftrittflächen der Stufen müssten überprüft werden), fehlender Kantenschutz bei den Stufen und zu kurze Handläufe. Außerdem sind die Ausschilderungen für KfZ völlig ungenügend - muss noch mal überprüft werden, denn der Friedhof und der Bolzplatz „Am Tonschacht“ sind für Ortsfremde kaum zu finden.

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme mit zeitlicher Terminisierung vor allem im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aus Westerhüsen (Magdeburg).

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Marx:

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx informiert, dass vor Errichtung der Behelfsbrücke die Zustimmung des Behindertenbeauftragten zur Ausführung der Maßnahme mit der jetzt vorliegenden Rampenneigung erfragt wurde. Seitens des Behindertenbeauftragten wurden hier keine Schwierigkeiten gesehen. Im Ergebnis seiner Vor-Ort-Besichtigung nimmt er Bezug auf die räumlich extrem beengte Situation des Standortes und verweist darauf, dass eine DIN-gerechte Ausführung erheblich mehr finanzielle Mittel beansprucht hätte. Da es sich hierbei jedoch um ein Provisorium handelt unterbreitet er den Vorschlag, um bauaufsichtlichen Normen gerecht zu werden, zu prüfen, einen Teil der Rampenneigung so zu entwickeln, damit die Brücke z.B. auch mit einem Kinderwagen überquert werden kann. Hinsichtlich der angesprochenen Probleme z.B. des Kantenschutzes oder der Handläufe muss eine Nachbesserung erfolgen. Über die Fertigstellung der Nachbesserungen sagt er eine entsprechende Information zu.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 9.16. Schriftliche Anfrage (F0185/06) des Stadtrates Heintz, CDU-Fraktion

Sanierung Tonschacht

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Wann wird mit der Sanierung des „Tonschachtes“ begonnen? Dies wurde schon vor langer Zeit beschlossen und der Platz verkommt weiterhin. Gibt es schon zeitliche Vorstellungen? Mannschaften haben den Spielbetrieb dort schon aufgegeben, weil es nicht mehr zumutbar ist, dort Fußball zu spielen oder anderen Sport zu betreiben. Ich möchte hier nicht weiter auf die Tradition der ältesten Sportanlage der Stadt eingehen.

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme mit zeitlicher Terminisierung vor allem, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aus Westerhüsen (Magdeburg).

Antwort des Fachbereichsleiters Schule und Sport Herrn Krüger i.V.d. Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Der Leiter des Fachbereiches Schule und Sport Herr Krüger informiert, dass der erste Bewilligungsbescheid über 200.000 Euro jetzt vorliegt. Mit der Umsetzung der Maßnahme Trainingsbeleuchtung wird noch in diesem Jahr begonnen. Für die Jahre 2007 und 2008 hinsichtlich der Maßnahme Tennisplatz (Größenordnung der Bewilligung von 150.000 Euro)

werden jetzt die Vorbereitungen getroffen, sodass diese Maßnahme bis zum Jahr 2008 abgeschlossen werden kann. Für den Bereich Rasenplatz im unteren Bereich kann derzeit noch keine konkrete Jahreszahl benannt werden, hier beläuft sich die zu erwartende Größenordnung der Bewilligung auf 140.000 Euro. Da zur Realisierung dieser Maßnahme jedoch Mittel in Höhe von 410.000 Euro erforderlich sind, besteht noch erheblicher Koordinierungsbedarf zur Vorbereitung der Realisierung.

Auf Nachfrage des 2. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Dr. Hildebrand wird die ausreichende Beantwortung der Anfrage durch den Anfrager bestätigt.

## 10. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

10.1.	Ehrung zweier Persönlichkeiten	A0040/06
	CDU-Fraktion	
	WV vom 13. 03. 2006	

---

Zur Beratung liegen die Änderungsanträge A0040/06/1 und A0040/06/2 des Ausschusses K sowie der Änderungsantrag A0040/06/3 des Ausschusses FG vor.

Die Ausschüsse K und VW empfehlen die Ablehnung des Antrages.

Der Ausschuss FG hat den Antrag zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, begründet umfassend das Anliegen des Antrages A0040/06 und bittet um Zustimmung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Karin Meinecke informiert über die Diskussion im Ausschuss K zum Antrag A0040/06 und erläutert die ablehnende Haltung des Ausschusses. Insbesondere verweist sie dabei auf die Zustimmung des Ausschusses zum Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich der Errichtung einer Gedenktafel und begründet hiermit den Änderungsantrag A0040/06/1.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Änderungsantrag A0040/06/1 des Ausschusses K.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr begründet umfassend die Ablehnung des Antrages A0040/06.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, sprechen sich ebenfalls gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0040/06 aus.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bringt umfassend den Änderungsantrag A0040/06/2 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich:

Der Änderungsantrag A0040/06/2 des Ausschusses K

Herr Veil stellt den Änderungsantrag, den Antrag von Herrn Seifert zurückzustellen, bis eine entsprechende Städtepartnerschaft mit einer polnischen Stadt besteht, damit die Zuständigen dieser Stadt an der Auswahl einer geeigneten polnischen Persönlichkeit mitwirken können

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag A0040/06/2 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der OB wird beauftragt zu prüfen, wie eine Gedenktafel an exponierter Stelle mit Namen und Datum bekannter Inhaftierter in den Magdeburger Festungsanlagen angebracht werden kann. Die Mittel sollen über Sponsoring eingeworben werden.

Gemäß Änderungsantrag A0040/06/3 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Der Finanz- und Grundstücksausschuss stellt den Antrag, dass für die Realisierung keine Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden dürfen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der Änderungsanträge A0040/06/1 des Ausschusses K und A0040/06/3 des Ausschusses FG bei einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1136-37(IV)06

Der Antrag A0040/06 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für den früheren Präsidenten der Französischen Republik, Charles de Gaulle, und für den früheren Präsidenten der Republik Polen, Josef Pilsudski, im Bereich der ehemaligen Zitadelle ein Ehrenmal, Ehrentafel oder ähnliche Hinweise zu schaffen mit dem Inhalt, dass diese Persönlichkeiten in Magdeburg weilten.

Der OB wird beauftragt zu prüfen, wie eine Gedenktafel an exponierter Stelle mit Namen und Datum bekannter Inhaftierter in den Magdeburger Festungsanlagen angebracht werden kann. Die Mittel sollen über Sponsoring eingeworben werden.

Der Finanz- und Grundstücksausschuss stellt den Antrag, dass für die Realisierung keine Haushaltsmittel in Anspruch genommen werden dürfen.

wird **abgelehnt**.

10.2.	Antrag Aufstellung der allegorischen Figuren der Zollbrücke in der Öffentlichkeit	A0063/06
	CDU-Fraktion WV vom 06. 04. 2006	

---

Der TOP wurde von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

10.3.	Antrag Beitritt zum Zentrum gegen Vertreibung	A0064/06
	CDU-Fraktion WV vom 06. 04. 2006	

---

Der Ausschuss VW empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, gibt umfängliche Erläuterungen zum Anliegen des Antrages A0064/06 und bittet um Zustimmung.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen und vielen Ja-Stimmen:

Beschluss-Nr. 1137-37(IV)06

Der Antrag A0064/06 der CDU-Fraktion

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung. Zum Abschluss einer Vereinbarung nimmt der Oberbürgermeister Verhandlungen mit der entsprechenden Stiftung auf.

wird **abgelehnt**.



- 10.4. Entwicklung des Universitätsplatzes A0053/06  
interfraktionell  
WV vom 06. 04. 2006
- 

Der TOP wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

- 10.5. Jugendfreizeiteinrichtung KIVI - DS0161/06 A0139/06  
i.V.m.der nichtöffentlichen DS0161/06 Standortentwicklung  
Kinder- und Jugendarbeit Alte Neustadt  
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0139/06 umfassend ein.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge macht erläuternde Ausführungen zum Abstimmungsverfahren.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1138-37(IV)06

Der Antrag A0139/06 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen,

die in der Drucksache 0161/06 vom Jugendhilfeausschuss gefassten Beschlüsse zu den Punkten 1. 3. und 5. sind Beschlussempfehlungen. Die endgültigen Entscheidungen über diese Punkte trifft der Stadtrat in seiner Septembersitzung 2006.

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht kritisch auf die Ablehnung des Antrages A0139/06 ein und legt dar, dass die im Ausschuss Juhi beschlossene DS0161/06 gegen bestehende Stadtratsbeschlüsse votiert und demzufolge im Stadtrat behandelt werden muss. Die Ablehnung des Antrages A0139/06 hebt diese Beschlüsse nicht auf. Sollte der Stadtrat jedoch dem Votum des Ausschusses Juhi folgen, wäre die Beschlussaufhebung gegeben.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstützt die Auffassung des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er legt dar, dass eine fehlerhafte Beschlussvorbereitung seitens der Verwaltung vorgenommen wurde und in der heutigen Sitzung des Stadtrates im nichtöffentlichen Teil eine Beschlussfassung zur genannten Drucksache herbeigeführt werden soll.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge kritisiert, dass ihm im Rahmen der Erstellung der Tagesordnung keine rechtliche Beratung in diesem Fall gegeben wurde.

10.6. Unterstützung der SG Stahl Magdeburg Nord A0112/06

Fraktion Die Linkspartei.PDS

---

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0112/06 ein.

Mit Hinweis auf einen bereits erteilten entsprechenden Auftrag des Ausschusses BSS an die Verwaltung bringt Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, den GO-Antrag - Überweisung des Antrages A0112/06 in die Ausschüsse StBV, BSS und FG – ein.

Stadtrat Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich Bezug nehmend auf den Stadtratsbeschluss Prüfaufträge nicht in Ausschüsse zu überweisen, gegen den Überweisungsantrag aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sichert zu in der Verwaltung zu prüfen, ob alternative Angebote gemacht werden können. Diese dürfen jedoch keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen haben.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0112/06 wird in die Ausschüsse StBV, BSS und FG überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 07. 12. 2006**

- 10.7. Ausweisung von Bauland für den Eigenheimbau A0150/06  
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0150/06 ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0150/06 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beschließt der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0150/06 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**

- 10.8. Änderung der Verkehrsführung zum Kieswerk / Doppelschleuse A0151/06  
Rothensee  
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0151/06 ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr sieht Klärungsbedarf hinsichtlich der Zuständigkeit des Stadtrates zu dieser Thematik.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0151/06 in den Ausschuss StBV - ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0151/06 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**

10.9. Umsetzung Innenstadtverkehrskonzept / Änderung an Abfahrt Ernst-Reuter-Allee (aus Süden kommend) A0152/06  
Fraktion Die Linkspartei.PDS

---

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0152/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in den Ausschuss StBV – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper argumentiert gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0152/06. Bezüglich der Feinstaubbelastung informiert er über vorliegende Ergebnisse und legt seine Auffassung dar, zunächst noch weitere Messergebnisse über einen längeren Zeitraum abzuwarten.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, spricht sich gegen eine Überweisung und für die Ablehnung des Antrages A0152/06 aus.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich ebenfalls für eine Ablehnung des Antrages A0152/06 aus.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung und vielen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Der GO-Antrag der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS,

- Überweisung des Antrages A0152/06 in den Ausschuss StBV –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Enthaltungen und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1139-37(IV)06

Der Antrag A0152/06 der Fraktion Die Linkspartei.PDS

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob zur weiteren Entlastung der Abfahrt Ernst-Reuter-Allee (vom Magdeburger-Ring aus Süden kommend in Fahrtrichtung zur A2) und zur Reduzierung der Feinstaubbelastung an der Kreuzung mit der Otto-von-Guericke-Straße die u. E. Zielverkehr anlockende Ausschilderung „**Hauptbahnhof / Busbahnhof**“ durch die auch die Zielvorgaberegulierung erfüllende Ausschilderung mit „**Anlieferung Hbf.**“ ersetzt werden kann.

wird **abgelehnt**.

- 10.10. Bericht der psychosozialen Arbeitsgemeinschaft 2005 dem Stadtrat vorlegen - Ehrenamt würdigen A0153/06  
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Dr. Hildebrand bringt den Antrag A0153/06 umfassend ein.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterbreitet den Vorschlag, die Beschlussfassung zum Antrag in Einzelabstimmung vorzunehmen und geht in seinen weiteren Ausführungen auf die einzelnen Beschlusspunkte ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0153/06 in den Ausschuss GeSo – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0153/06 wird in den Ausschuss GeSo überwiesen.

#### **WV SR-Sitzung: 07. 12. 2006**

- 10.11. Klarheit und Sicherheit für die Zukunft der Bördelandhalle A0154/06  
Fraktion Die Linkspartei.PDS
- 

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den Antrag A0154/06 ein.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf den Beschluss des Stadtrates zur Erweiterung der Bördelandhalle unter der Voraussetzung der Vorlage eines Finanzierungsnachweises für diese Maßnahme und bringt den Änderungsantrag A0154/06/1 ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über den ihm bekannten aktuellen Sachstand. Mit dem Hinweis, dass von einem Baubeginn im kommenden Jahr ausgegangen wird, spricht er sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion aus. Herr Dr. Trümper legt weiterhin dar, dass seitens des Geschäftsführers der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft auch weiterhin Veranstaltungen geplant und entsprechende Verträge verhandelt werden. Ausgehend vom angekündigten Baubeginn müsse jedoch spätestens Anfang 2007 der erforderliche Stadtratsbeschluss getroffen werden.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke nimmt Bezug auf die Terminierung Oktober 2006 im Punkt 2 des Antrages und führt aus, dass der Stadtrat hier keinen zeitlichen Druck auf die Projektgesellschaft Bördelandhalle ausüben sollte. Er befürwortet den Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion.

Auf Nachfrage des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, zum Vorliegen eines Bauantrages führt der Oberbürgermeister aus, dass bisher noch kein Bauantrag eingereicht wurde. Dies soll erst dann erfolgen, wenn das Votum des Stadtrates vorliegt.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, spricht sich gegen den Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion aus.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, sieht auf Grund der Beschlusslage des Stadtrates zur Sicherstellung des Projektes derzeit keine Verpflichtung des Stadtrates, eine Beschlussfassung zum Antrag vorzunehmen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass seitens des Stadtrates nochmals das Bekenntnis zum Ausbau der Bördelandhalle dokumentiert werden sollte und gleichfalls die Aufforderung an die Projektgesellschaft ergehen muss, für das Projekt klare Fakten zu schaffen. Er spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion aus.

Im Rahmen der weiteren umfassenden Diskussion sprechen sich Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/die Grünen, der Vorsitzende der Fraktion Bund für Magdeburg Stadtrat Dr. Kutschmann, Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, und Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, für eine Zustimmung zum Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion aus und begründen ihre Auffassung.

Die Stadträte Veil und Heintl, CDU-Fraktion, begründen ihre Auffassung hinsichtlich der Ablehnung des Antrages A0154/06 der Fraktion Die Linkspartei.PDS sowie des Änderungsantrages A0154/06/1 der SPD-Fraktion.

Gemäß Änderungsantrag A0154/06/1 der SPD-Fraktion beschließt der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Im Beschlusspunkt 2 wird das Wort „letztmalig“ gestrichen.

Der Terminus „Oktobersitzung 2006“ wird durch den Terminus „Januarsitzung 2007“ ersetzt.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages A0154/06/1 der SPD-Fraktion bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1140-37(IV)06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. kurzfristig ein Gespräch mit der Projektgesellschaft Bördelandhalle KG zur Situation um die Bördelandhalle zu führen.



10.14. Investitionsfreundliche Baumschutzsatzung

A0143/06

CDU-Fraktion

---

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0143/06 in die Ausschüsse UwE und VW ein.

Nach Hinweis des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper auf die Nichtzuständigkeit des Ausschusses VW zu dieser Thematik erfolgt eine Einzelabstimmung zum Überweisungsantrag.

Der Stadtrat **beschließt** bei vielen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Der GO-Antrag des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion,

Überweisung des Antrages A0143/06 in den Ausschuss VW

wird **abgelehnt**.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen einstimmig:

Der Antrag A0143/06 wird in den Ausschuss UwE überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**

10.15. Frankiermaschine

A0145/06

SPD-Fraktion

---

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0145/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0145/06 in den Ausschuss KRB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0145/06 wird in den Ausschuss KRB überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**



Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke bringt den Antrag A0146/06 ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0146/06/1 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Marx informiert, dass eine entsprechende Ausschilderung stadtauswärts bereits angebracht wurde.

Gemäß Änderungsantrag A0146/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Stadtrat bei 1 Enthaltung einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie ein (möglichst mit einer Schwarzdecke versehener) Radweg, beginnend an der Budenbergstraße, rechtsseitig durch den Engpass führend und auf den an der Thiemstraße vorhandenen Radweg einmündend für die Fahrtrichtung Nord-Süd eingerichtet werden kann und aufzuzeigen, was diese Lösung kosten würde.

Für die Fahrtrichtung Süd-Nord soll die Kennzeichnung des Radweges über die Straße Sülzeberg hinaus bis zur Thiemstraße auf der Fahrbahn erfolgen. Ab der Thiemstraße bis mindestens zur Bleckenburgstraße soll der vorhandene breite und recht wenig von Fußgängern genutzte Bürgersteig für Radfahrer freigegeben werden, gegebenenfalls auch durch eine Trennlinie gekennzeichnet.

Der Stadtrat beschließt unter Beachtung des Änderungsantrages A0146/06/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei einer Nein-Stimme mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1141-37(IV)06

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die durch den fehlenden Radweg für Radfahrer vorhandene Gefährdung im Engpass Buckau durch die Ausweisung von Ausweichstrecken gemindert werden kann.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie ein (möglichst mit einer Schwarzdecke versehener) Radweg, beginnend an der Budenbergstraße, rechtsseitig durch den Engpass führend und auf den an der Thiemstraße vorhandenen Radweg einmündend für die Fahrtrichtung Nord-Süd eingerichtet werden kann und aufzuzeigen, was diese Lösung kosten würde.

Für die Fahrtrichtung Süd-Nord soll die Kennzeichnung des Radweges über die Straße Sülzeberg hinaus bis zur Thiemstraße auf der Fahrbahn erfolgen. Ab der Thiemstraße bis mindestens zur Bleckenburgstraße soll der vorhandene breite und recht wenig von Fußgängern genutzte Bürgersteig für Radfahrer freigegeben werden, gegebenenfalls auch durch eine Trennlinie gekennzeichnet.

10.17. Linksabbieger auf der Lübecker Straße A0158/06  
 SPD-Fraktion

---

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0158/06 ein.

Stadtrat Schindehütte sowie Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, sprechen sich für eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0158/06 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Frömert, Fraktion Die Linkspartei.PDS **beschließt** der Stadtrat bei einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0158/06 wird an den Ausschuss StBV überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**

10.18. Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Nashville/TN A0144/06  
 Fraktion BfM

---

Der Vorsitzende der Fraktion Bund für Magdeburg Stadtrat Dr. Kutschmann bringt umfassend den Antrag A0144/06 ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion begründet die Auffassung seiner Fraktion, den vorliegenden Antrag A0144/06 abzulehnen.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0144/06 in den Ausschuss K – ein.

Gemäß GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0144/06 wird in den Ausschuss K überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 09. 11. 2006**



10.21.	Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee	A0159/06
	Interfraktionell	

---

Der TOP wird im Zusammenhang mit dem TOP 10.25 – Antrag A0161/06 – behandelt.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt umfassend den interfraktionellen Antrag A0159/06 sowie den Antrag A0161/06 der FDP-Fraktion und den GO-Antrag – Überweisung der Anträge A0159/06 und A0161/06 in den Ausschuss RWB – ein.

Die Abstimmung des GO-Antrag erfolgt für jeden Antrag einzeln.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0159/06 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

#### **WV SR-Sitzung: 07. 12. 2006**

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei einigen Enthaltungen und einigen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0161/06 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

#### **WV SR-Sitzung: 07. 12. 2006**

10.22.	Gebührenfreiheit für GWA-Veranstaltungen	A0147/06
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0147/06 ein und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0147/06 in die Ausschüsse RWB und FG – ein.

Stadtrat Müller, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt das Anliegen des Antrages A0147/06. Er spricht sich gegen den Überweisungsantrag aus und argumentiert für eine Beschlussfassung zum Antrag.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat bei vielen Nein-Stimmen mehrheitlich:

Der Antrag A0147/06 wird in die Ausschüsse RWB und FG überwiesen.

**WV SR-Sitzung: 07. 12. 2006**

10.23.	Gastronomie im Gesellschaftshaus	A0149/06
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0149/06 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bund für Magdeburg Stadtrat Dr. Kutschmann unterstützt mit Hinweis auf die hiermit verbundene Aufwertung des Stadtteils Buckau den Antrag A0149/06 und spricht sich für eine Beschlussfassung aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf den Stadtratsbeschluss im Rahmen des Projektes Gesellschaftshaus, hier keine Gastronomie einzurichten als entscheidende Grundlage für die Baumaßnahme.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters und spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Antrag aus.

Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion, unterstützt das Anliegen des Antrages A0149/06 und argumentiert umfassend für eine Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich gegen eine Beschlussfassung zum Antrag A0149/06 aus.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht klarstellende Ausführungen zur gastronomische Situation in diesem Gebiet ein und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1142-37(IV)06

Der Antrag A0149/06 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung einer zur Verpachtung geeigneten Gastronomie im Gesellschaftshaus am Klosterberggarten zu konzipieren und zu prüfen, wie ein ständiges gastronomisches Angebot für den öffentlichen Besucherverkehr geschaffen werden kann.

wird **abgelehnt**.

10.24.	Leistungsbeschreibung für ÖPNV-Leistungen	A0157/06
	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0157/06 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0157/06 in den Ausschuss StBV – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper hält den eingebrachten Antrag für schädlich und verweist darauf, dass mit dem Antrag eine Leistungsbeschreibung für eine Ausschreibung gefordert wird. Dies sei so nicht gewollt. Anliegen der Stadt ist es, eine Betrauungsvereinbarung vorzunehmen. Eine entsprechende Drucksache hierzu wird dem Stadtrat in seiner Novembersitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters.

Der Stadtrat **beschließt** bei 1 Enthaltung und einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Der GO-Antrag des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung des Antrages A0157/06 in den Ausschuss StBV –

wird **abgelehnt**.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist klarstellend darauf, dass Grundlage für einen Betrauungsvertrag eine Leistungsbeschreibung ist. Dies ist das Anliegen des Antrages und dem sollte zugestimmt werden.

Stadträtin Huhn und Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, sprechen sich für eine Ablehnung des Antrages aus.

Abschließend geht Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nochmals umfassend auf die Zielstellung des Antrages ein.

Der Stadtrat **beschließt** bei einigen Ja-Stimmen mehrheitlich:

Beschluss-Nr. 1143-37(IV)06

Der Antrag A0157/06 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die städtischen ÖPNV-Leistungen eine Leistungsbeschreibung (funktionale Leistungsbeschreibung oder konstruktive Leistungsbeschreibung) als Grundlage für die Ermittlung einer nachvollziehbaren Preisbildung und ggf. für eine spätere (Teil-) Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen zu erarbeiten.

Im ersten Schritt ist zu prüfen und den Ausschüssen StBV und Verwaltungsausschuss vorzulegen, ob eine funktionale Leistungsbeschreibung oder eine konstruktive Leistungsbeschreibung die günstigere Variante ist.

wird **abgelehnt**.

10.25. Schiffshebewerk Rothensee

A0161/06

FDP - Fraktion

---

Der TOP wurde im Zusammenhang mit TOP 10.21 behandelt.

11. Informationsvorlagen

---

Die unter TOP 11.1. bis 11.4. vorliegenden Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge  
Vorsitzende/r

Andrea Behne  
Protokollantin



**Anwesend:****Vorsitzende/r**

Ansorge, Jens

**Mitglieder des Gremiums**

Hildebrand, Jürgen Dr.

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schmidt, Kurt Dr.

Schoenberner, Hilmar

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas  
Wähnelt, Wolfgang  
Westphal, Alfred  
Wübbenhorst, Beate  
Zimmer, Gerd Dr.

**Geschäftsführung**

Ignatuschtschenko, Anne Dr.  
Behne, Andrea

**Abwesend**

Altmann, Martin  
Brüning, Hans-Werner  
Gripinski, Axel  
Meinecke, Sven  
Stage, Michael  
Stern, Reinhard